

AUFRUF 70+

Gegen Militarisierung & Kriegsdienst

Kundgebung auf dem Lenauplatz am 21. Juli 18 Uhr

Krieg und Gesundheit

Das deutsche Gesundheitswesen ist schon länger krank:

- Durch die den Krankenhäusern verordnete Aufgabe, Gewinne zu erzielen.
- Durch private Konzerne, die das gegen Beschäftigte und Patient*innen durchsetzen.
- Durch inakzeptabel hohe Ausgaben für Gerätemedizin und Pharmazeutika.
- Durch massive Sparmassnahmen zu Lasten der grossen Mehrheit der Bevölkerung (aktuell ist von 40 Mrd Euro die Rede)
- Durch den Verzicht auf Steuern und Sozialabgaben der Reichen und Superreichen.

Nun will die Bundeswehr das Gesundheitswesen auch noch „kriegstüchtig“ machen und die zivile Ausrichtung zugunsten der militärischen umbauen („Operationsplan Deutschland“).

Wir fragen:

- Werden alle Krankenhäuser in Köln in die Bedarfsplanung der Bundeswehr einbezogen, die städtischen, die konfessionellen und die privaten Kliniken? Was ist mit dem Franziskus-Hospital in Ehrenfeld?
- In welchem Umfang wird das Niveau der Versorgung ziviler Personen eingeschränkt? Wer entscheidet über die Einschränkungen?
- Was passiert, wenn sich Beschäftigte weigern, vorrangig Militärs zu behandeln, wie der „Operationsplan“ vorsieht?

Der Lobbyverband der Krankenhäuser - die DKG – will zur Umrüstung der Krankenhäuser 15 Milliarden Euro aus dem Militäretat abgreifen.

Wir fragen:

- Soll mit diesen Milliarden die Bereitschaft der Krankenhäuser erkaufte werden, sich den militärischen Zielen unterzuordnen?
- Werden die dringend notwendigen Zuschüsse auch an Krankenhäuser verteilt, die sich einer militärischen Bevorzugung von Patient*innen widersetzen? Oder droht solchen Krankenhäusern umso mehr die Schließung?

AUFRUF 70+

**Verhindern wir die Aufrüstung und Umrüstung der Krankenhäuser!
Verhindern wir, dass schon jetzt Ärzt*innen und Pfleger*innen
unter Druck geraten, wenn sie die Vorrangbehandlung von
Militärangehörigen ablehnen!**

**Ob Ärzt*innen, Pflegepersonal, Patient*innen: Sprechen Sie
miteinander! Alle sind betroffen! Stellen wir die Verantwortlichen
in Politik und Verwaltung zur Rede!**

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung: [info@aufruf 70](mailto:info@aufruf70)

Unser Aufruf ist zu finden unter: <https://koelnerfriedensforum.org/koelner-aufruf-70-gegen-militarisierung-und-kriegsdienst/>

Deutsche Krankenhausgesellschaft (Auszug einer Stellungnahme zum OPlanDeu): „Bei einer erhöhten Zahl von Verstorbenen (im Kriegsfall) planen Krankenhäuser und Kommunen die Erweiterung von Kühl- und Aufbewahrungskapazitäten, etwa durch temporäre Kühlmöglichkeiten und regeln die Zusammenarbeit mit Bestattungsunternehmen, Ordnungsbehörden und Gesundheitsämtern.“

IPPNW, Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V., 1985 Friedensnobelpreisträger: „Die gesundheitlichen Folgen von Kriegen sind uns Gesundheitsfachkräften in besonderem Maße bewusst. Aus den Weltkriegen kennen wir die Bilder von zerfetzten Menschen, von hungernden, an Infektionen sterbenden Kindern, Müttern, Großmüttern und - Vätern. Es sind psychische Traumata, die über Generationen hinweg weitergegeben werden und nicht heilen wollende Wunden tief in der Gesellschaft hinterlassen. Mit der Ausrichtung auf militärische Ziele schaffen wir die Illusion, wir könnten im Gesundheitswesen die Folgen von Kriegen – seien sie konventioneller oder atomarer Art – bewältigen. Schon in den 1980er-Jahren haben wir dagegen den Slogan gesetzt: Wir werden Euch nicht helfen können.“

Planungen in Köln: In Köln sollen die Städtischen Kliniken Merheim ein spezielles Kriegskrankenhaus erhalten. Von 600 Soldatenbetten in der bisherigen Tiefgarage der Klinik ist die Rede. Die gesamte Architektur des Baus soll so den Kriegszwecken angepasst werden. Das alles verschlingt Millionen und Abermillionen auf Kosten der „zivilen“ Krankenhausversorgung. Zum Beispiel werden durch die geplante Schließung der Klinik in Holweide wichtige Behandlungsbereiche wegfallen und auch das eigenständige, auf komplizierte und schwer zu behandelnde Kinderkrankheiten spezialisierte Kinderkrankenhaus Amsterdamer Straße soll verschwinden.